

Keine Aussichten auf Beilegung des englischen Bergarbeiterstreits.

Sie bitten Deutschland um Unterstützung. — Weitere Zusammenstöße.

London, 26. Aug. Ein vollständiger Bericht über die heutige Sitzung zwischen den Bergarbeiterführern und den Ministern wurde in größter Eile durch Sanderfurter an Premierminister Baldwin nach Vitz-Bains gesandt. Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung wird Stillschweigen bewahrt. Nach Ansicht gut unterrichteter politischer Kreise scheint es jedoch nicht, daß die Konferenz irgendwelche sofortigen günstigen Ergebnisse zeitigen werde. Wie verlautet, ist bisher keine weitere Zusammenkunft endgültig vereinbart worden. Laut „Vorwärts“ waren gestern die englischen Gewerkschaftsvertreter Purcell und Macleod beim Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, um noch einmal die Unterstützung der englischen Bergarbeiter durch die deutschen Gewerkschaften zu erbitten. Der Bundesvorsitzende Leypart erklärte, daß der Bundesvorstand die deutschen Arbeiter von neuem zu tatkräftiger Unterstützung der englischen Kameraden aufrufen werde.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Wien hat die Vorstandskonferenz der österreichischen Gewerkschaften gestern beschlossen, für die englischen Bergarbeiter Sammlungen einzuleiten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht einen gemeinsamen Aufruf der britischen Gewerkschaftszentrale und der britischen Bergarbeiterföderation, in dem um eine Verdoppelung der bisherigen Disziplinierung für die englischen Bergarbeiter ersucht wird.

London, 26. Aug. Infolge der Ablehnung der Forderung der Bergarbeiter, daß die Sicherheitsposten von den Gruben zurückgezogen würden, brachen in St. Helens (Lancashire) Unruhen aus. Durch Steinwürfe wurden viele Polizeibeamte verletzt.

London, 27. Aug. Die „Daily News“ sieht die gestrige Konferenz zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und der Regierung als gescheitert an. Dem Blatt zufolge verlautet, daß die Besprechungen zu einem plötzlichen Ende gelangt sind, weil die Regierung der Ansicht war, daß die Bergarbeiter keine neuen Vorschläge zu machen haben.

Der „Daily Mail“ zufolge hat Cecil den Bergarbeiterführern, die gestern mit der Regierung verhandelten, klar zu verstehen gegeben, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die Kohlenindustrie künstlich zu stützen, und daß die Regierung nicht zu einer Politik der Subventionierung oder des Diktates verpflichtet werden könne.

Der Bergarbeiterführer Coof erklärte die Bereitschaft der Bergarbeiter, unter den alten Bedingungen zur Arbeit zurückzukehren, bis die Bergwerke neu organisiert seien. Die „Daily News“ bemerkt dazu, diese Erklärung lasse die Lage ungefähr da, wo sie bereits war. Äußerungen Coofs zufolge sei von einer Entsendung von Truppen in die Bergwerksbezirke die Rede.

Die deutsche Volksgemeinschaft in Bessarabien.

Der deutsche Volksrat für Bessarabien hatte in seiner am 26. Juni in Tarutino abgehaltenen Tagung die neuen Satzungen der „Bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft“ beschlossen, die nunmehr auch im Druck vorliegen. Durch diese Satzungen, die auf dem deutsch-bessarabischen Volksprogramm aufgebaut sind, erhält die junge politische Organisation der Deutschen Bessarabiens ihre endgültige Form.

Bis zu den Ereignissen des Jahres 1918 hatten die 80 000 Deutschen Bessarabiens kein politisches Eigenleben geführt. Sie gehörten zu dem Schwarzmeerdeutschtum im allgemeinen. So wie dieses hatten auch die Deutschen Bessarabiens an dem politischen Leben des damaligen Rußlands keinen Anteil. Die Verhältnisse änderten sich erst mit dem Ausbruch der Kerenski-Revolution. Damals versammelte sich im Mai 1917 der erste deutsche Kongreß Südrußlands in Odessa, der aus seiner Mitte ein Zentralkomitee mit dem Sitz in Odessa mit der Führung der Geschäfte betraute, dem Bezirkskomitees für die Krin, Südrußland und Bessarabien untergeordnet waren. Als sich Bessarabien im weiteren Verlauf der Ereignisse an Rumänien angeschlossen, wurde das bessarabische Bezirkskomitee unter seinem Vorsitzenden A. Widmer selbständig und vertrat die Interessen der Deutsch-Bessarabier. Von diesem Bezirkskomitee wurde auch am 7. März 1919 der Anschluß der Deutschen Bessarabiens an Rumänien proklamiert.

Der erste Kongreß der Deutschen Bessarabiens fand am 30. und 31. Juli 1920 statt. Es wurde beschlossen, sich unter dem Namen „Die deutsche Volksgemeinschaft in Bessarabien“ zu einer selbständigen Organisation zu verbinden, indem gleichzeitig das Volksprogramm geschaffen und der Anschluß an den Verband der Deutschen in Großrumänien durchgeführt wurde. Auf dieser Grundlage wurden darauf die Wahlen in die Ortsräte und in den Volksrat durchgeführt. Der Vorstand des Volksrates wurde im Jahre darauf, 1921, gewählt; er führt die Geschäfte bis zur Tagung dieses Jahres. Ihm war die schwere Aufgabe zugefallen, die Grundlagen zu der jungen Organisation zu legen, die nunmehr durch die neu geschaffenen Satzungen der „Bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft“ ihren endgültigen Rahmen gefunden hat.

Nach diesen Satzungen bilden alle in Bessarabien wohnhaften Deutschen rumänischer Staatsangehörigkeit die „Bessarabischen deutsche Volksgemeinschaft“, die gleichzeitig eine Sängergesellschaft des Verbandes der Deutschen in Rumänien bildet. Der Zweck dieser völkischen Organisation ist die Vertretung des gesamten deutschen Volkes in Bessarabien nach außen und die gemeinsame Wahrung und Förderung aller seiner völkischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belange.

Die Organisation gliedert sich in Ortsgemeinschaften und in die Volksgemeinschaft. Die Ortsgemeinschaft besteht aus allen deutschen Bewohnern rumänischer Staatsangehörigkeit in einer Ortschaft. Die Angelegenheiten der Ortsgemeinschaft werden von dem Ortsrat geführt, der aus 5 bis 15 von der Versammlung der Ortsgemeinschaft auf vier Jahre gewählten Mitgliedern besteht. Zu den Obliegenheiten des Ortsrates gehört die Führung einer genauen Familienliste mit Angabe der wahlberechtigten Deutschen, die Durchführung der Wahlen des Volksrates, die Einhebung der Volksbeiträge und die Unterstützung der Volksgenossen mit Rat und Tat.

Die Vertretung der gesamten bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft liegt in den Händen des deutschen Volksrates für Bessarabien. Die Mitglieder des Volksrates setzen sich aus den Delegierten der Ortsgemeinschaften und aus den Vertretern der Synode der ev.-luth. Landeskirche Bessarabiens des Verbandes deutscher Konjunktur- und Genossenschaften, des Vereins deutscher Lehrer, des Museumsvereins und des Hochschulverbandes zusammen. Die Aufgabe des deutschen Volksrates, dessen Vollmachtsdauer vier Jahre beträgt, besteht in der Leitung des gesamten deutschen Volkes in Bessarabien. Alljährlich einmal tritt der Volksrat zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Für die Fälle dringender Entscheidung wählt der Volksrat aus seiner Mitte einen Hauptauschuss aus 50 Mitgliedern. Die Durchführung der Geschäfte des Volksrates obliegt als einer ständigen Verwaltungs- und Arbeitsstelle einem Vollzugsausschuß von 22 Mitgliedern.

Aus besonderen Anlässen und zu feierlichen Kundgebungen des gesamten deutschen Volkes Bessarabiens kann auch ein Volksag einberufen werden, zu dem jede im Volksrat vertretene völkische Einheit doppelt soviel Vertreter wie in den Volksrat entsandt. Mit beratender Stimme kann jeder Volksgenosse am Volksag teilnehmen. Das Wahlrecht zu den Organisationen der bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft genießen alle nach dem Reichswahlgesetz wahlberechtigten Bürger deutscher Volksgemeinschaft, soweit sie wenigstens ein Jahr in Bessarabien wohnhaft sind.

Die Satzungen der bessarabischen deutschen Volksgemeinschaft, die der siebenbürgisch-sächsischen und deutsch-banater politischen Organisation angepaßt sind, legen ein berechtigtes Zeugnis von der politischen Reife der deutschen Volksgenossen in Bessarabien ab und beweisen, wie sehr diese bemüht sind, sich auf eigene Füße zu stellen und ein vollwertiges Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien und des gesamten Auslandsdeutschtums zu werden; im äußersten Südrufen Europas entsteht damit zwischen Ostpreußen und Schwarzem Meer eine deutsche Organisation, die noch zu großen Aufgaben berufen sein dürfte.

Die Italienisierung der Südtiroler Familienamen.

Rom, 26. Aug. Agenzia Uffiziale veröffentlicht heute das Dekret über die Italienisierung der Südtiroler Familiennamen. Der Präsekt der Provinz Trient wird eine Liste der Namen und Adelsprädikate aufstellen, die die italienische Form zu erhalten haben. Ferner wird eine genaue Liste derjenigen Familien aufgestellt werden, die den gleichen Namen tragen. Dann werden die Verheirateten den italienischen Namen bzw. den Adel in italienischer Form erhalten, und zwar wird jedem Familienmitglied ein besonderes Dekret zugestellt. Das Dekret wird auch dem Gemeindevorstande zwecks entsprechender Eintragung in die Register übermittelt.

Konferenz der kommunistischen Partei Rußlands.

Moskau, 26. Aug. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion hat beschlossen, eine ordentliche Parteikonferenz zum 15. Oktober nach Moskau einzuberufen.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Berlin, 26. August. Der Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hat auch in der ersten Augusthälfte angehalten. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 328 000 am 1. August auf 1 287 000 am 14. August 1920 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 324 000 auf 317 000, die Gesamtzahl von 1 652 000 auf 1 604 000. Der Gesamt rückgang beträgt rund 48 000 = 2,9 %. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige) ist von 1 645 000 auf 1 594 000 gesunken.

Die Einigungsbestrebungen in der deutschen Beamtenchaft.

Berlin, 26. Aug. Der Deutsche Verkehrsbund, zu dem die auf freigewerkschaftlichem Boden stehende Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft gehört, hatte in der Frage einer Einigung in der deutschen Beamtenchaft mit dem Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten mehrere Ausdrücke, die jetzt nach der Mitteilung der Zeitschrift „Deutsche Post“ als gescheitert angesehen werden müssen. Der Reichsverband erklärt, daß er die Einigung im Prinzip wünsche, daß sie aber nicht möglich sei, weil die Führer der Gegenseite „garnicht daran denken, von ihren Grundfäden etwas preiszugeben“. Die Verhandlungen sind gescheitert, weil der Deutsche Verkehrsbund verlangte, daß die gesamte Postbeamtenchaft eine einheitliche Vertretung der Beamten und der Lohnempfänger haben solle. Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten aber lehnt diese Interessenschmelzung rundweg ab und erklärt, daß eine Vereinfachung der Vertretung in Fragen der Entlohnung, des Dienstes usw. unmöglich sei.

Drohende Regierungskrise in Danzig.

Nach Blättermeldungen aus Danzig sind heute fünf Mitglieder der deutsch-liberalen Fraktion des Volksrates, die Beamte sind, aus der Fraktion ausgetreten, weil sie mit dem Finanzsanierungsplan der Regierung, der u. a. eine auf vier Jahre befristete Herabsetzung der Beamtengehälter von 4 bis 8 Prozent vorsieht, nicht einverstanden sind. Es besteht die Gefahr, daß die Vorlage keine Mehrheit im Volksrat findet, was zum Rücktritt der Koalitionsregierung (Zentrum, Deutschliberale und Sozialdemokraten) führen wird.

Protest des Stahlhelms.

Der stellvertretende Bundesführer des Stahlhelms und der Frontsoldaten Dästerberg hat an den preußischen Minister des Innern Sebering ein Protestschreiben gegen den Erlass des Regierungspräsidenten Gräber gerichtet, der seinen Beamten die Zugehörigkeit zum Stahlhelm verbietet.

Diskontherabsetzung in Budapest.

Budapest, 26. Aug. Die Geldinstitutzentrale hat, dem Beispiel der Nationalbank folgend, den Diskont herabgesetzt, und zwar um 1/2 Prozent, so daß der niedrigste Diskont der Geldinstitutzentrale 6 1/2 Prozent beträgt. Voraussichtlich werden die Großbanken diesem Beispiel folgen.

Verhandlungen Rußlands mit Lettland und Estland über einen Garantepakt.

Moskau, 26. Aug. Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht ein Memorandum der lettischen und der estnischen Regierung, wo in die Bereitschaft zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Sowjetregierung über den Abschluß eines Garantepaktes ohne vorherige Einberufung einer Kommission zur Prüfung dieser Frage ausgesprochen wird. Die Sowjetregierung hat ihre bevollmächtigten Vertreter in Riga und Reval beauftragt, unverzüglich Verhandlungen einzuleiten.

Vom Ende des Zarentums.

Kodjantsof legt z. Audienz beim Zaren.

Die nachfolgende Schilderung entnehmen wir den demnächst im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin SW 61, erscheinenden Erinnerungen Kodjantsof, des letzten Präsidenten der russischen Duma, durch dessen Hände alle Fäden der russischen Politik liefen.

Am 10. Februar 1917 wurde mit einer Audienz erteilt. Ich ahnte Schlimmes. Das Benehmen Bolschewjens, der die Verantwortung wichtiger Fragen hinausgeschoben suchte, die ablehnende Haltung des Kaisers, alles das versprach nichts Gutes. Aus dem ungewöhnlich kühlen Empfang, der mir zuteil wurde, erntete ich, daß meine Befürchtungen nicht unbegründet waren. Die Stimmung war so schwül, daß ich meine Gedanken nicht, wie gewöhnlich, in freier Rede aussprechen vermochte, sondern meinen Vortrag ablas. Der Kaiser verhielt sich dem Vortrag gegenüber nicht nur gleichgültig, sondern direkt ablehnend. Ich berührte wiederum die schlechte Verpflegung der Armee und der Säfte kam auf die Uebergabe der Maschinengewehre an die Polizei zu sprechen und schloß wiederum die allgemeine trostlose Lage; doch der Kaiser war zerstreut und unterbrach mich schließlich mit den Worten:

„Können Sie sich nicht etwas heiliger? Der Großfürst Michael Alexandrowitsch erwartete mich im Teel.“

Als ich von der furchtbaren Lage unserer Kriegsgefangenen erzählte und die Verichte der Barmbergigen Schwestern erwähnte, die in Deutschland und Oesterreich gewesen waren, sagte der Kaiser:

„Das geht mich gar nichts an, dazu haben wir das Komitee der Kaiserin Alexandra Fedorowna.“

Erzählend über die Uebergabe der Maschinengewehre an die Polizei bemerkte er sehr gleichgültig:

„Werkwürdig — davon habe ich ja garnichts gehört.“

Als ich schließlich von Protopopow sprach, sagte er gereizt:

„Protopopow war doch ihr Vizepräsident in der Duma, weshalb gefällt er Ihnen jetzt nicht mehr?“

Ich erwiderte, daß Protopopow als Minister einfach verdrängt worden sei.

Bei Erwähnung Protopopows und des Gesprächs über die innere Politik gedachte ich auch des früheren Ministers Maklawow.

„Ich bedaure, daß Maklawow gegangen ist,“ meinte der Kaiser, „der war wenigstens nicht verrückt.“

„Er konnte es nicht werden, Majestät, denn er hatte keinen Verstand zu verlieren,“ bemerkte ich.

„Als ich darüber sprach, daß die Stimmung im Lande immer bedrohlicher würde und mit der Möglichkeit einer Revolution gerechnet werden müsse, unterbrach mich der Kaiser:

„Meine Nachrichten lauten ganz anders und wenn die Duma sich wieder derartige Kundgebungen erlauben wird wie voriges Mal, wird sie einfach aufgelöst werden.“

Ich sah, daß ich meinen Vortrag beenden mußte und sagte:

„Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Majestät zu sagen, daß mein heutiger Vortrag bei Ihnen auch wohl mein letzter sein wird.“

„Warum?“

„Weil die Duma aufgelöst werden wird und weil die Regierung sich auf einem bösen Wege befindet. Noch ist es Zeit, noch kann alles gut werden, noch kann ein den gesetzgebenden Körperschaften verantwortliches Ministerium eingesetzt werden. Aber augenscheinlich wird es nicht geschehen. Ew. Majestät stimmen mir nicht bei, somit bleibt wohl alles beim alten. Meiner Meinung nach wird das zur Revolution und zu einer Anarchie führen, die keine Schranken kennen wird.“

Der Kaiser antwortete nichts darauf und entließ mich ängstlich lächelnd.

Mussolini verhaftet die Kartenerinnerer.

Paris, 26. Aug. Einer Meldung aus Mailand zufolge sind dort sämtliche Kartenerinnerer verhaftet worden. Diese Maßnahme wird auf das ganze Land ausgedehnt werden. Man erwartet eine Verordnung Mussolinis, wonach keine Kartenerinnerer mehr ihren Beruf in Italien ausüben darf.